



SP-Regierungsrat Christoph Ammann vor seinem prächtigen Amtssitz, dem ehemaligen Stiftsgebäude neben dem Berner Münster. Foto: Raphael Moser

Der ruhige Zielstrebige, der auch mal übermütig wurde

Christoph Ammann – die Bilanz Er war fast zu sehr der stets korrekte Regierungsrat. Für den Oberländer Sozialdemokrat war das auch Taktik, um seine Ziele zu erreichen. Grüne vermissen einen Plan beim Klimaschutz.

Simon Thönen

Christoph Ammann gehörte nicht zu jenen Regierungsmitgliedern, die durch ihren lauten und machtbewussten Auftritt Präsenz markierten. Sogar in seiner Zeit davor als Grossrat «wirkte er im Rückblick so, als wäre er bloss kühl gestellt worden für den Regierungsrat», schrieb der «Bund» 2018.

Unbestritten ist aber, dass der Oberländer Sozialdemokrat in seinen zehn Jahren Amtszeit in der Exekutive Gestaltungswilligen gezeigt hat. Er lasse sich einfach nicht gern in die Karten blicken, erklärte er sein Widerstreben gegen vorschnelle Ankündigungen. Denn Ammann bereitet sich gern vor, hört zu, ist gut vernetzt und dossierfest. Hat er sich festgelegt, bleibt er meist standhaft und setzt sich oft auch durch. Zum Regieren mit wenig Reibungsverlust gehörte für ihn auch das Kollegialitätsprinzip. Zwar preschte er in seltenen Fällen vor. Doch auch dies war kein Ausbruch von Temperament, sondern Mittel zum Zweck. Ammann hat sich aufs Regieren konzentriert – auch auf Kosten der eigenen Sichtbarkeit. Für Aussenstehende war er oft schwer fassbar.

— **Seine Erfolge: Energiegesetz und Covid-Krisenmanagement** Wichtig war ihm, den bernischen Anteil an den Kraftwerken Oberhasli, welche die bedeutendsten Wasserkraftwerke im Kanton betreiben, zu erhöhen, was bei der Konzessionserneuerung läuft. Dies nach dem Motto: Berner Wasserkraft in Berner Hand.

vor war das neue Energiegesetz an der Urne knapp gescheitert. Er nahm einen neuen Anlauf, suchte das Gespräch mit der einstigen Gegnerschaft, den Wirtschaftsverbänden, und verzichtete auf ein Ölheizungsverbot für Neubauten, das für diese ein Reizwort war. Das Gesetz habe dadurch nicht viel von seiner Wirksamkeit verloren, sagt er. «Es ist schweizweit eines der besseren kantonalen Energiegesetze.»

Als bernischer Wirtschaftsminister war Ammann in der Pandemie Krisenmanager für die abrupt ausbremsenden Wirtschaftszweige. Dass er zu Beginn der Coronapandemie für das zögerliche Anlaufen von Kurzarbeitsentscheidungen und Coronakrediten für Firmen kritisiert worden sei, könne er aus der damaligen Lage heraus verstehen, räumt Ammann ein. «Im Rückblick hat es sich aber bewährt, dass wir erst starteten, als klar war, dass es auch funktioniert.» Der Kanton Bern habe deshalb auch vergleichsweise wenige Beschwerdefälle gehabt. Ammann verweist zudem auf «Leuchttürme» wie die Sitem-Insel, den Innovationspark in Biel und die Wyss Academy für Nature.

— **Berner Wasserkraft in Berner Hand** Wichtig war ihm, den bernischen Anteil an den Kraftwerken Oberhasli, welche die bedeutendsten Wasserkraftwerke im Kanton betreiben, zu erhöhen, was bei der Konzessionserneuerung läuft. Dies nach dem Motto: Berner Wasserkraft in Berner Hand.

«Vom Wolf bis zur Rolex ist alles dabei. Und man kann sehr viel gestalten – wenn man viel arbeitet.»

Christoph Ammann
abtretender Regierungsrat

Als «sehr offen, nahbar und ehrlich» bezeichnet ihn Daniel Arn, FDP-Grossrat und Präsident des kantonalen Wirtschaftsverbands HIV. «Er hat sich für die Berner Wirtschaft eingesetzt.» Lob aus der Wirtschaft erhalten, ohne sich von der eigenen SP zu entfremden, auch dies kann man als politische Leistung bezeichnen.

— **Bei alpinen Solaranlagen hat er sich verwettet** Es war für seine Verhältnisse ein Anflug von Euphorie: Bis Ende 2025 würden im Kanton Bern alpine Solaranlagen am Netz sein, kündete er im Herbst 2023 gegenüber dieser Redaktion an. «Darauf können wir eine Flasche Wein wetten.»

Da hat er sich verwettet. Noch ist keine am Netz. Zum Abschied übergibt Ammann dieser Redaktion einen prämierten Chasselas von den Reben beim Bielersee.

— **Grüne Kritik an Umsetzung bei Klimaschutz** Wie beim Energiegesetz hat er auch bei den alpinen Solaranlagen

gen sowie den Wasserkraftprojekten Trift und Grimselusbau an runden Tischen Lösungen gesucht, diesmal mit Naturschutzverbänden. Obwohl sich diese teilweise kooperativ zeigten, erfolgt bei keinem der Projekte ein Spatenstich. Allerdings sind die Wasserkraftprojekte auf Kurs – und auch vier alpine Solarkraftwerke sind noch im Rennen.

Eindeutige Flops findet man bei Ammann kaum. Ein Misserfolg hätte sein Engagement für die bernische Beteiligung an den olympischen Winterspielen «Sion 2026» werden können. Doch das Walliser Stimmvolk beendigte das Projekt.

Der grüne Grossrat Jan Remund anerkennt durchaus, dass Ammann «in der Energiepolitik solide Arbeit geleistet hat». Er sieht aber eine verpasste Chance: «Er hat es versäumt, einen Umsetzungsplan für den Klimartikel in der Kantonsverfassung voranzutreiben.» Graubünden etwa habe früh einen umfassenden Klimaplan vorgelegt. «Diese Aufgabe hinterlässt er nun seinem Nachfolger.»

— **Apérohappchen waren ihm ein Graus** Was er sicher nicht vermissen wird? «Apérohappchen», sagt er wie aus der Pistole geschossen. Schon wenn er ein Buffet sehe, werde ihm fast schlecht. «Die Begegnungen mit so vielen unterschiedlichen Menschen in der Politik, den Unternehmen und vor allem in meiner Direktion» werde er hingegen sicher vermissen.

Es sind zwar Seiten einer Politikerkarriere, die sich stark auf

Netzwerke abstützte. In seiner politischen Selbstbilanz nennt er denn auch ein Gremium an erster Stelle, das selten in den Schlagzeilen ist, aber viel Einfluss im Hintergrund ausübt: die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), deren Vizepräsident Ammann noch bis zur Amtsübergabe ist. «Ohne die Unterstützung der KdK hätte der Bundesrat die Verhandlungen zu den Bilateralen III nicht abschliessen können», betont Christoph Ammann.

Am Regierungsamit im Kanton Bern revidiert sein Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz des Bundes: Das sperrig klingende Vorhaben hat konkrete Auswirkungen auf die bernischen Gemeinden und die Bevölkerung. Es geht darum, die AHV-Zweigstellen sinnvoll zu bündeln.

Nach neuestem Bundesrecht sind die Kantone nicht mehr verpflichtet, in den Gemeinden eine AHV-Zweigstelle zu führen. Vor diesem Hintergrund durch, so zu den Themen Sicherheit und Alltagsversorgung oder zu politischer Arbeit, die zu Friedensprozessen führen könnte. Gemeinsam stellen wir Forderungen an die Regierung.

— **Und die Regierung hört zu?** Es ist wie bei uns im Parlament, die einen hören zu, andere reagieren abweisend. In der Ukraine stecken wir da noch in einer frühen Phase.

— **Können sich die Ukrainerinnen Frieden mit Russland vorstellen?**

Farbenherstellerin Siegwerk schliesst Standort

Massenentlassung im Seeland Bei der Farben- und Lackherstellerin Siegwerk in Barga tritt ein befürchtetes Szenario ein: Der Produktionsstandort geht bereits Anfang nächsten Jahres zu, die Fertigung soll nach Tuzla in der Türkei verlagert werden. Das bestätigte Rob Hilgers, Geschäftsführer des Werks in Barga, gegenüber dem «Bieler Tagblatt».

Am Dienstag erhielten über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Kündigung. Lediglich 35 bis 40 Personen der 145 Beschäftigten können ihre Stelle behalten – allerdings nicht mehr in Barga, sondern künftig in der Region Bern, wo die Technologieabteilung verbleibt.

Diese Schritte deuteten sich seit Anfang Mai an: Interne Infoblätter kündigten «Restrukturierungsmaßnahmen bei der Siegwerk Switzerland AG» an und stellten eine Produktionsverlagerung sowie eine mögliche Massenentlassung in den Raum. Während des Konsultationsverfahrens wollten sich die Unternehmensvertreter nicht äussern. Nun steht fest, dass der Standort Barga geschlossen wird.

Als Gründe für die Verlagerung nennt Siegwerk die rückläufige Nachfrage im europäischen Markt nach UV-Druckfarben, die in Barga produziert werden. Weiter gibt das Unternehmen ein starkes Branchenwachstum in anderen Märkten wie Osteuropa, Mittlerer Osten und Afrika sowie den starken Schweizer Franken an. Ein Mitarbeiter bestätigt gegenüber dem «Bieler Tagblatt» die schwierige Lage. Grosse Druckereien, etwa für Etiketten oder Folien, gebe es in der Schweiz kaum noch; die Kundschaft komme fast ausschliesslich aus dem Ausland.

Mit der Kündigung erhielten alle Betroffenen Informationen zum Sozialplan. Dieser falle überdurchschnittlich aus, so Hilgers. Rund 70 Prozent der Belegschaft erhalten demnach mindestens einen halben Jahreslohn. Zusätzlich wurde ein Bonussystem vereinbart. (tag)

Kleine Gemeinden verlieren ihre AHV-Zweigstelle

Mindestgrösse für Anlaufstellen Der Kanton Bern revidiert sein Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz des Bundes: Das sperrig klingende Vorhaben hat konkrete Auswirkungen auf die bernischen Gemeinden und die Bevölkerung. Es geht darum, die AHV-Zweigstellen sinnvoll zu bündeln.

Nach neuestem Bundesrecht sind die Kantone nicht mehr verpflichtet, in den Gemeinden eine AHV-Zweigstelle zu führen. Vor diesem Hintergrund durch, so zu den Themen Sicherheit und Alltagsversorgung oder zu politischer Arbeit, die zu Friedensprozessen führen könnte. Gemeinsam stellen wir Forderungen an die Regierung.

— **Und die Regierung hört zu?** Es ist wie bei uns im Parlament, die einen hören zu, andere reagieren abweisend. In der Ukraine stecken wir da noch in einer frühen Phase.

— **Können sich die Ukrainerinnen Frieden mit Russland vorstellen?**

«Es ist hochgefährlich, dass sich die Schweiz auf Krieg vorbereitet»

Friedensarbeit Die Berner Alt-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot (SP) hat einst Friedensfrauen weltweit gegründet. Als abtretende Präsidentin wirft sie der Schweiz vor, ihre friedenspolitische Mission zu verraten.

Bernhard Ott

Krieg in der Ukraine, Krieg im Iran: Trotz völkerrechtlichem Verbot sind Angriffskriege wieder ein Mittel der Politik. Organisationen wie die in Bern gegründete Vereinigung Friedensfrauen weltweit haben einen schweren Stand. War alles umsonst?

Die abtretende Präsidentin, Alt-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot (SP), weist dies im Interview entschieden zurück. Die Organisation verfüge über ein Budget von zwei Millionen Franken, habe ein Netzwerk mit Frauen in 50 Ländern und arbeite mit Friedensaktivistinnen in 10 Ländern zusammen. Der Schweiz wirft Vermot vor, ihre Glaubwürdigkeit als Friedensförderin durch Aufrüstung aufs Spiel zu setzen.

Frau Vermot, die Welt rüstet auf. Ist die Arbeit von Friedensfrauen weltweit vergeblich? Nein, aber die Weltlage und die Kriege sind beängstigend. Jeder Krieg muss irgendwann beendet werden. Das geht nicht mit Waffengewalt, sondern nur durch Dialog, Mediation und Verhandlungen. An denen sollten nicht nur die Kriegsparteien teilnehmen, sondern auch die Frauen, die unermüdlichen Sorgearbeiterinnen mit ihren Kriegserfahrungen.



«Friedensprozesse enden nicht mit Händeschütteln an Konferenzen», sagt die einstige SP-Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot. Foto: Raphael Moser

Viele haben uns gesagt, dass das unmöglich sei. Schon nur der Begriff «Frieden» durfte in der Ukraine bis vor zwei Jahren nicht öffentlich ausgesprochen werden.

Heute kann man das Wort wieder verwenden? Es verändert sich etwas. Viele Menschen in der Ukraine sind kriegsmüde. Die Alternative kann folglich nur Frieden sein.

Die Frage ist, um welchen Preis? Gibt es Frieden ohne Freiheit?

Frieden bedeutet für Ukrainerinnen nicht, Antworten auf die grossen Fragen nach Freiheit oder Unabhängigkeit zu finden. Frieden bedeutet für sie, dass ihre Kinder zur Schule gehen können, ohne bombardiert zu werden. Dass sie einkaufen gehen können, ohne von einer Drohne getötet zu werden. Dass die Gesundheitsversorgung wiederhergestellt wird, die Rente

«Frieden bedeutet für Ukrainerinnen, dass die Kinder zur Schule gehen können, ohne bombardiert zu werden.»

kommt, die Gewalt aufhört und die Müllabfuhr klappt.

Aber was ist, wenn die Kinder in der Schule unter der Regie einer Besatzungsmacht lernen, andere zu hassen?

Friedensprozesse enden nicht mit Händeschütteln an Konferenzen. Die Umsetzung der Vereinbarungen ist ein langer, dorniger Weg. Wiederaufbau bedeutet nicht bloss, Strassen und Häuser wiederherzustellen. Es geht auch darum, das sozia-

le Leben und den Zusammenhalt einer Gesellschaft wiederherzustellen und Versöhnung zu lernen.

Braucht es nicht auch Waffen, um Aggressoren zu stoppen? Serbien beendete 1999 den Krieg in Kosovo erst nach Bombardierungen der Nato. Ein harter Schlag kann zu einem Kriegsabbruch oder einem Waffenstillstand führen, aber nie zum Frieden. Davon ist man in Kosovo noch weit entfernt. Es ist ein fragiles Stillhalten, bei dem es immer wieder zu Zwischenfällen kommt.

Wie könnte denn ein Friedensprozess in der Ukraine aussehen? Ich kann nicht sagen, wie man Kriege beendet. Ich kann sagen, was Frieden möglich macht. Es braucht zuerst mal einen Friedenswillen und eine oft schmerzhaft Annäherung zwischen den verfeindeten Ländern. Es braucht Öffnung, Diplomatie und den Druck der Zivilbevölkerung, vor allem der Frauen.

In Europa haben viele Angst vor den russischen Aufrüstung. Sie fühlen sich wohler in einem bewaffneten Frieden. Wir respektieren, wenn Menschen mit Waffen verteidigt werden wollen. Aber das erübrigt nicht die Notwendigkeit, dass sich ein Land auf einen Friedens- und Veränderungsprozess einlässt. Ich war einst mit einer Bundeshausdelegation bei den irakischen Kurdiern. Eine Frau sagte: Solange wir bewaffnete Kämpferinnen sind, werden wir respektiert. Sind wir wieder zu Hause und wollen Frieden, kehren die alten patriarchalen Muster der Unterdrückung zurück. Das zeigt: Friedensprozesse sind erfolgreich, wenn auch die Gesellschaften sich verändern und Probleme wie Hass, Rassismus, Demokratieverrossenheit und Gewalt gegen Frauen abgebaut werden. Ich bin überzeugt, dass Veränderungen gelingen können. Aber leider ist Friedensarbeit mühsamer als die Vorbereitung von Krieg.

Kann man denn mit Russland reden? Es gab bisher Sanktionen und Strafen – aber wurde je wirklich geredet?

Wer die Rede von Putin am Vorabend der Vollinvasion der Ukraine noch im Ohr hat, zweifelt an dessen Bereitschaft zum Dialog. Wir können nur mit den Menschen an der Macht reden, die es gibt. Frieden ist nicht möglich, ohne dass man mit dem «bösen Feind» zusammentrifft. Sie mögen das jetzt naiv nennen.

BKW baut erste Grossbatterie in Grosshöchstetten

Stromversorger Der Berner Energiekonzern treibt vier Projekte für Stromspeicher in der Schweiz voran.

Bereits im dritten Quartal 2027 will die BKW in Grosshöchstetten eine grosse Batterie in Betrieb nehmen. Es ist die erste solche Anlage, die der Stromkonzern in der Schweiz baut. In Deutschland ist die BKW bereits an solchen Projekten beteiligt: Die Batterien speichern Stromüberschüsse aus Solar- und Windkraftwerken und speisen sie bei Bedarf gewinnbringend ein.

Die Grossbatterie in Grosshöchstetten ist im Vergleich klein: Mit einer Speicherkapazität von 50 Megawattstunden soll sie bei voller Leistung (20 Megawatt) den Strombedarf von rund 40'000 Haushalten während zweieinhalb Stunden decken können.

Der Flächenbedarf beträgt laut BKW etwa 2000 Quadratmeter, also ein Viertel eines Fussballfelds. Gebaut werden soll die Grossbatterie beim Umspannwerk der BKW beim Kreislied im Westen des Dorfes, sagt Marcel Bühlmann, Leiter des Bereichs Grossbatterien.

Der Standort befindet sich auf einem Grundstück des Konzerns, unweit des Siedlungsgebiets: In einem Umweltbericht müsse die BKW begleitende Massnahmen aufzeigen, etwa für den Lärmschutz, sagt Bühlmann. Der Lärm der Wechselrichter und Lüftungen soll mit Geräuschelimitationssystemen und schallabsorbierender Einzäunung stark gedämpft werden.

Der Standort liegt laut BKW in der Gewerbezone und ist zonenkonform. Eine Einsprachemöglichkeit bestehe noch im Plangenehmigungsverfahren des Eidgenössischen Starksstrominspektorats (ESTS).

Vorerst nur eine Grossbatterie in Mühleberg

Vergangenen Dezember hatte die BKW vier Projekte in der Schweiz für Grossbatterien angekündigt. Jenes in Grosshöchstetten war noch nicht dabei. Es gehöre nun aber innerhalb von weiteren kleineren Projekten zu den fortgeschrittensten, sagt Bühlmann.

Für ihr grösstes Batterieprojekt schloss die BKW eine Grundsatzvereinbarung mit der Netzgesellschaft Swissgrid ab: In Mühleberg kann sie damit den Netzanschluss des stillgelegten Atomkraftwerks übernehmen.

Neben dem AKW-Parkplatz will die BKW wie angekündigt Anfang 2030 eine Batterie in Betrieb nehmen. Sie wird 16-mal so gross wie jene in Grosshöchstetten und eine ähnliche Leistung haben wie das AKW von 400 Megawatt – allerdings reicht die Batterie so nur für zwei Stunden.

Ein zweites, kleineres Projekt in Mühleberg beim Wasserkraftwerk wird dagegen «nicht priorisiert weiterverfolgt». Hintergrund seien die geplante Gesamterneuerung des Wasserkraftwerks und Überlegungen zur Nutzung der Flächen.

An den beiden weiteren Projekten in Bickigen bei Wynigen und Bassecour JU hält die BKW fest. Die Machbarkeitsstudien sind laut Bühlmann positiv ausgefallen. Es gebe aber noch offene Punkte, so zur Nutzung von Fruchtfolgeflächen oder zu Dienstbarkeiten.

Julian Witschi